

# ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

23 Jahre ZEITBÜHNE

23. Jahrgang Nr.4/2009

Euro 1,80

P.b.b. Verlagspostamt A-4400 Steyr  
Zulassungs-Nummer GZ 02Z031261 M



**6 Jahre Grün regiert  
Planwirtschaft verdrängt Marktwirtschaft**

**Österreichs Energiepolitik  
Wende oder Kollaps?**

**Die Vergessenen von Gaza  
Wir sind nicht schuld am Klimawandel  
Türkei will EU-Beitritt erpressen**

# ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

## INHALT

### KOMMENTARE

- 4 Wertewandel
- 5 Die Vergessenen von Gaza
- 6 Aufbruch oder Talfahrt?
- 26 Die Lüge der Klimakatastrophe
- 30 Amerika vor dem Niedergang
- 30 Aus für Ed Fagan
- 30 Kalaschnikow gegen Absatzkrise
- 30 Dollar-Noten „kokainverseucht“
- 31 Datenstreit USA-Schweiz beigelegt
- 31 Arlberg und Kandahar
- 34 Mea culpa

### 7-9 LESERMEINUNGEN

### AUS DER INDUSTRIE

- 10 Industriekonjunktur  
Unternehmen vorsichtig optimistisch
- 10 Uni Linz soll ETH werden

### AUS DER WIRTSCHAFT

- 11 Wirtschaftskrise bedroht Transportbranche
- 11 Der Fall Skylink schreit nach Aufklärung
- 11 Land ignoriert Rechnungshof
- 12 Ölheizung sanieren deutlich billiger als Umstieg
- 13 VKB-Bank bietet Sicherheit in Krisenzeiten
- 13 Rübiger-Gruppe macht Stahl beständig
- 14 Trend zum Eigenheim
- 15 PEM-Buildings bewältigt die Krise

### ENERGIE

- 16 Biogas erhält Wohnbauförderung
- 17 Der Anschober-Effekt
- 17 SPÖ-Haider auf Machiavellis Spuren

### ENERGIE & POLITIK

- 18 Österreichs Energiepolitik  
Wende oder Kollaps?

### POLITIK

- 20 6 Jahre Grün regiert  
Planwirtschaft verdrängt Marktwirtschaft
- 21 Grüner Sozialismus in allen Lagern  
bekämpft Europas hart verdienten Wohlstand
- 22 SPÖ-Chef Erich Haider rücktrittsreif
- 28 Störfall Politik - Wie bei Kernkraftwerken  
gelogen wird
- 29 Politsplitter
- 32 Türkei will EU-Beitritt erpressen,  
Isreal den Beitritt kaufen
- 33 Das Christentum,  
die meistverfolgte Religion der Welt

### UMWELT

- 23 Wir sind nicht schuld am Klimawandel
- 24 Verzerrt die klimapolitische Gesetzgebung  
der EU nachhaltig den Wettbewerb?
- 24 Schneeketten im Juli
- 25 Offener Brief an Angela Merkel

### AUSLAND

- 35 Weiße Zukunft für Afrika?
- 35 Die Medien und Al Gore
- 35 Justitia in Nöten

### PRESSESPIEGEL

- 36 Big Brother im Auto
- 36 Millionengrab mit geschönten Zahlen
- 36 Persönliche Haftung
- 36 Jagd auf Reiche und Stiftungen

### BÜCHER

- 37 Istrien sehen und lieben
- 37 Slowenien ist eine Reise wert
- 38 Österreich Inshallah
- 38 Indogermanen-Germanen-Slawen
- 39 Offene Fragen um Jörg Haider's Tod
- 39 Stalins langer Schatten



## Opfer oder Täter?

Von Brigitte Zachl

Über die Jugend zu klagen, ist nicht neu, das taten schon die alten Römer. Ursachen, Dimension und Konsequenzen divergieren jedoch beträchtlich. Das Verhalten von Teilen der Jugend ist allerdings nur ein Teilaspekt eines sich in allen Bereichen zeigenden Wertewandels.

Da gibt es den sattsam bekannten Fall jenes Vierzehnjährigen, der in Krems bei einer seiner nächtlichen Einbruchstouren von der Polizei erschossen wurde. Da ist jener 17-Jährige, der in Thalheim u.a. in ein Tierheim einbrach und zwei Hasen köpfte, weil er sich dabei „gut fühlte“. Er wurde lediglich angezeigt. Und das ist jener Folterprozeß in Wien, der sich durch unvorstellbar brutale Details auszeichnet. Ein drogenabhängiger Jugendlicher hatte einem anderen eine Tablette gestohlen. Zur Strafe wurde er von mehreren Jugendlichen an einer Hundeleine durch die Wohnung gezerrt, mehrfach vergewaltigt, ihm mit Glasscherben das Gesicht zerschnitten und in seinem Auge eine Zigarette ausgedämpft. Als Argument dafür gab die Täterin an, er habe so gejammert. Das sind alles keine harmlosen Lausbubenstreiche mehr, als die man diese und viele andere Taten - Verbrechen - beschönigend darstellen will. Alkohol - man denke nur an die Maturareisen und das Komasaufen, auch mit Todesfolge - Zigaretten und Drogenmißbrauch sind ohnehin Alltag.

Den Jugendlichen allein die Schuld zu geben, hieße es sich allerdings viel zu einfach machen. Sie nicht nicht nur Täter, sie sind Opfer. Opfer eines gesellschaftlichen Systems, das die Leistungen der Hausfrauen und Mütter desavouiert und sie zwingt, arbeiten zu gehen, anstatt ihnen die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie zu lassen. Nicht alle Frauen müssen Angst haben, den beruflichen Anschluß zu verlieren und ihre hohe Qualifikation vergeblich erworben zu haben. Man muß aber auch jene Eltern sehen, denen das Wohl ihres Nachwuchses ganz offenbar völlig gleichgültig ist und die den einfachen Weg wählen, ihre Kinder vor Fernseher und Computer ruhig zu stellen und die Erziehung an andere Institutionen delegieren. Die Folgen fehlender Erziehung, das Nichtsetzen von Grenzen bekommen dann schon die Kindergartenpädagoginnen zu spüren und erst recht die Lehrer, denen

ein völlig irregeleitetes politisches System allerdings jegliche Sanktionsmöglichkeiten verbietet. Lehrherren beklagen nicht nur mangelnde Schulbildung, sondern auch schlechtes Benehmen, wobei sie auch völlig unqualifizierte Jugendliche nicht einfach entlassen können. Der Jugend jede nur erdenkliche Freiheit zu lassen - nur Rechte, aber keine Pflichten- dieser Weg war ganz offensichtlich ein Irrweg. Wählen und Führerschein mit 16 traute man ihnen, doch die Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen nicht, das konnte nicht gutgehen. Vielfach werden Jugendliche für Straftaten lediglich auf freiem Fuß angezeigt und statt einer Verurteilung gibt es eine Vermerkung. Eine Besserung mit Segeltörns und Sahara-reisen erreichen zu können, daran glauben wohl nur die Betreuer. Die Praxis sieht leider ganz anders aus. Womit wir beim Versagen der Politik wären. Daß die Jugendkriminalität derart beängstigende Ausmaße angenommen hat, geht zu einem Großteil auf ihr Konto. Kinder sollten zu Hause in der Betreuung der Mütter bleiben dürfen. Dafür müssen die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden und nicht für Gratis-kindergartenplätze, und das, wenn es nach dem Willen der Politiker geht, bald schon ab drei Jahren verpflichtend. Sparta läßt grüßen! Das sogenannte Jugendschutzgesetz ist ein Hohn. Ein Gesetz, daß es 14-Jährigen erlaubt, mit Aufsicht unbegrenzt nachts auf der Straße zu sein, ist kein Schutz, im Gegenteil. Wobei der Ball wieder bei den Eltern liegt, denn würden diese ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen, müßte es gar kein Jugendschutzgesetz geben. Offensichtlich kann mit der Jagd nach Wählerstimmen gar nicht früh genug begonnen werden.

Die Leistungen der Hausfrauen herabzusetzen, (O-Ton Barbara Prammer: „Frauen, die nie gearbeitet haben“), fehlende Sanktionsmöglichkeiten für die Lehrer und eine Rechtsprechung bei Jugendkriminalität, die ein Schlag ins Gesicht ist, das alles sind Spätfolgen der antiautoritären 68er, die auch Justiz, Lehrer, Journalismus, Kultur und Politik unterwandert haben. Die Folgen dieses bestürzenden Werteverfalls sind da wie dort verheerend und werden uns noch jahrzehntelang beschäftigen.



## Die Vergessenen von Gaza

### Ein Lagebericht des Roten Kreuzes - erschütternde Aussagen von Soldaten

Richard G. Kerschhofer

Der Gaza-Krieg zu Jahresbeginn stand kurze Zeit im Mittelpunkt des Weltinteresses. Auch unmittelbar danach war noch für Aufmerksamkeit gesorgt, denn wer konnte, flog zur Trümmerschau nach Gaza, um vor Kameras die zum allergrößten Teil zivilen Opfer zu beklagen. Im März folgte die übliche „Geber-Konferenz“ – und dann war Pause. Bis auf ein paar Randnotizen.

In den letzten Wochen kamen aber wieder bemerkenswerte Meldungen: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) veröffentlichte einen drastischen Bericht über die Lage in Gaza. Israelische Soldaten bekannten Taten, die man überall sonst als Kriegsverbrechen anprangern würde. Und einige Aufregung gab es auch um das Bundesverdienstkreuz für die Menschenrechts-Aktivistin Felicia Langer.

Der Gaza-Bericht (Dokument T2009.54/750, im Internet abrufbar) befaßt sich mit den Folgen der Kriegsschäden und der bereits seit Mitte 2007 bestehenden israelischen Blockade des 360 km<sup>2</sup> großen Gebiets. Eingegangen wird auf die humanitäre Lage, aber ebenso auf die Wirtschaftsprobleme, die auf Ernährung und Gesundheit der 1,5 Millionen Bewohner zurückwirken.

Die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend: Einrichtungen wurden zerstört oder beschädigt, Geräte werden durch häufige Stromausfälle unbrauchbar, Ersatzteile fehlen, und Mangel herrscht selbst bei Medikamenten. Die Ausreise von Schwerstkranken, die nicht in Gaza behandelt werden können, wird durch bürokratische Hürden lange – oft zu lange – verzögert, Intensivpatienten, die mit Ambulanzen zum Übergang Erez gefahren werden, müssen über den Grenzstreifen getragen werden, und Personen, die noch gehfähig sind, werden stundenlangen Verhören unterzogen.

Das IKRK weist zudem auf die weitverbreitete Traumatisierung hin, vor allem bei Kindern, denn fast jeder hat Verwandte oder Bekannte, die getötet, verwundet oder sonstwie geschädigt wurden. Dazu kommt der „Lagerkoller“ in dem – wie es der israelische Publizist Tom Segev nannte - „größten Gefängnis der Welt“

Die Wasserversorgung ist durch Zerstörungen, Ersatzteilmangel und Stromausfälle schwerst beeinträchtigt, und Abwässer fließen ins Meer oder sickern ins Grundwasser. Zehntausende obdachlos Gewordene müssen auf unabsehbare Zeit in Zelten oder zusammengepfertcht bei Verwandten hausen, weil Israel auch die Lieferung von Baumaterial verbietet. Die von Geberländern zugesagten 4,5 Milliarden Dollar bleiben daher weitestgehend ungenützt.

Die Einfuhr von Versorgungsgütern beträgt heute nur ein Fünftel dessen, was vor der Blockade üblich war. Verboten ist unter anderem die Einfuhr von Glühbirnen, Kerzen, Streichhölzern, Kleidung, Decken und Schulbüchern! An Nahrungsmitteln darf gerade so viel passieren, daß der Mindestkalorienbedarf gedeckt ist - weshalb viele nur noch von Kohlehydraten leben. Die Folge sind Mangelkrankheiten, und bei Kindern drohen Langzeitschäden.

Die systematische Zerstörung von Industriebetrieben sowie Ersatzteilmangel und Treibstoffmangel haben das Wirtschaftsleben völlig lahmgelegt. Selbst die Landwirtschaft, in der ein Viertel der Bevölkerung tätig war und die einen großen Teil des Bedarfs decken konnte, ist arg beeinträchtigt: Ein Drittel der Flächen wurden von Israel zum Sperrgebiet erklärt, und weitere Flächen sind von Panzern verwüstet oder mit Blindgängern übersät. Glashäuser wurden zerstört und unzählige Olivenbäume, Dattelpalmen und Zitrusbäume ausgerissen. Und die Fischer, die früher einen großen Teil des Proteinbedarfs lieferten, sind wegen der Seeblockade zur Untätigkeit verdammt.

Die israelische Organisation „Breaking the Silence“ – „das Schweigen brechen“ - hat mit ihrer Veröffentlichung der Aussagen von 54 Kriegsteilnehmern bestätigt, daß die in Eigenbezeichnung „moralischste und humanste Armee der Welt“ nicht nur militärisch völlig sinnlose Zerstörungen angerichtet, sondern Soldaten auch zu eklatanten Verbrechen an der Zivilbevölkerung aufgerufen hat. Aber so wie vergessen ist, daß der Internationale Gerichtshof in den Haag vor genau fünf Jahren die Zerstückelung des Westjordanlands als eklatanten Bruch des Völkerrechts eingestuft hat, wird die Welt wohl auch diesmal bald wieder zur Tagesordnung übergehen.



## Aufbruch oder Talfahrt?

Von Josef Zachl

Die Grünen von heute sind die Nachfolger der 68er-Bewegung, doch deren Anhänger beschränken sich nicht auf die politische Partei der Grünen, sie haben alle Parteien unterwandert, manche weniger, in anderen wiederum stellen sie eine dominierende Minderheit.

Die Ziele der 68er waren die Zerstörung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. In mehreren Diskussionen des Autors dieses Kommentars u.a. mit Dutschke, Langhans und weiteren Anhängern, wurden diese Ziele und alle damit verbundenen Konsequenzen offen ausgesprochen. Auf die Frage, was nach der Zerstörung folgen soll: „Das wissen wir nicht, doch die Zerstörung ist eine schöpferische Kraft, aus der etwas Neues entstehen wird. Auch wenn die Bevölkerung das heute noch nicht begreift, wir werden sie überzeugen.“ Der Weg dahin mit Zerstörung, Brandschatzung und Mord scheiterte. Das Volk machte nicht mit. Unterstützung und fallweise Asyl und Ausbildung fanden die Terroristen in der kommunistischen DDR und bei Lybiens Gaddafi.

Den 68igern entsprossen die Grünen und mächtige Umweltorganisationen wie Greenpeace und Global 2000, die ihre Macht ohne Skrupel einsetzten. Vor allem aber waren es Friedens- und Anti-Atomorganisation, die von der DDR ebenfalls finanziert und gelenkt wurden. Dazu kamen zahlreiche Umweltschutzvereine und Bürgerinitiativen mit teilweise identen Feindbildern. Der bis heute auf beider Basis erfolgreiche Marsch durch die Institutionen wie Verwaltung, Justiz, Schulen, Universitäten, die politischen Parteien und vor allem die Medien hat die Gesellschaft grundlegend verändert.

Viele Jahre lang war der Umweltschutz die wirksamste politische Kampfkeule gegen die Wirtschaft und damit die gesamte Bevölkerung. Doch erst die Klimaschutzlüge brachte den Durchbruch zur Infiltration und Gleichschaltung aller Strukturen. Unmerklich wurde Schritt für Schritt mit immer neuen Auflagen, Verboten und finanziellen Belastungen die verantwortungsvolle Führung eines Unternehmens eingeengt.

Das alles läuft ebenso wie die Förderungen unter dem Titel „Volkswirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen“. Aus rein ideologischen Zielen werden Produkte gefördert, die von der Marktreife noch weit entfernt sind. Gefördert werden soll Forschung und Entwicklung solcher Produkte bis hin zur Marktreife, auch wenn manches Produkt die Marktreife nie erreichen wird. Doch ohne dieses Risiko gäbe es keinen Fortschritt.

Mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze für erneuerbare alternative Energien - in Oberösterreich sollen es 50.000 werden - werden alle diese Argumente vom Tisch gewischt. Doch sogar im Sonnenland Spanien gab es eine kalte Dusche, als bekannt wurde, daß jeder Arbeitsplatz in den riesigen Solarparks die

Vernichtung von 2,2 Arbeitsplätze der konventionellen Wirtschaft kostet. In Deutschland werden die derzeit 280.000 Arbeitsplätze

für alternative Energieträger mit jährlich 153.000,- Euro pro Arbeitsplatz gefördert. In Österreich erfährt man keine Zahlen, doch sie werden nicht weit daneben liegen.

Das ist nicht etwa eine dilettantische Energiepolitik, das ist der Vollzug ideologischer Ziele, hier wird Steuergeldvernichtung betrieben. Der Ausbau der Wasserkraft, die keine Förderungen braucht, sondern sich selbst finanziert, Gewinne und Steuern erwirtschaftet und unsere Auslandsabhängigkeit verringern würde, wird vorsätzlich verhindert. Die sinnlose Förderung von Windkraft und Solaranlagen untergräbt durch Steuern und Abgaben die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie und senkt durch diese Belastungen den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung.

Finanzminister Pröll meinte sinngemäß, der durch den Finanzkollaps entstandene „Leidensdruck“ würde Reformen erzwingen. Das heißt doch, ohne diesen hätte auch diese Regierung weiterhin wie Defraudanten gewirtschaftet, was sie bei den Koalitionsverhandlungen auch bewiesen haben. Da wurden nicht Einsparungen ausgehandelt, sondern neue Ausgaben für neue Geschenke und neue Schulden, die sich die Steuerzahler durch neue Steuern irgendwann selbst finanzieren müssen.

Unsere Politiker reisen doch so gerne, obwohl man nicht immer weiß, warum. Neuseeland war vor Jahren ein genau so verkrustetes, durch hypertrophe Gesetze gelähmtes Land wie Österreich. Dann setzte man schlagartig alle Verwaltungsgesetze außer Kraft und schuf mit relativ wenigen Gesetzen eine schlanke und leistungsfähige Verwaltung. In Neuseeland staunte man, wie viele der alten Gesetze überflüssig waren.

Doch kaum gibt es in Österreich den ersten Anlauf für eine Reform- die Schulreform - stehen unsere Landeshauptlinge auf, um ihre Pfründe, ihre Macht und ihren Einfluß zu verteidigen. Was für Länder wie Neuseeland oder die nahe Schweiz gut ist, paßt doch nicht für Österreich!

Der Begriff „Lohnabhängiger“ wird zwar seltener, aber doch immer wieder als Keule für die „Ausgebeuteten“ ins Treffen geführt. Jeder hätte aber die Möglichkeit, zur Seite der „Kundenabhängigen“ zu wechseln. Begriffe wie Leistung und Pflichterfüllung werden als faschistisch diffamiert, denn damit könnte man, so ein linker Spitzenpolitiker, auch ein KZ leiten. Es muß noch viel geschehen, noch viel Schaden angerichtet werden, noch manches in Trümmer gehen, ehe wieder Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein zum Leitbild aller politischen Entscheidungen wird.

## Industriekonjunktur: Unternehmen vorsichtig optimistisch

Als zartes Pflänzchen zeigt sich derzeit die oberösterreichische Industriekonjunktur. Dies ergab eine Umfrage der Industriellenvereinigung OÖ unter 106 Firmen mit 100.285 Beschäftigten. Zwar befinden sich immer noch alle Ist-Werte auf niedrigstem Niveau, doch ist auch wieder vorsichtiger Optimismus spürbar.

Von einer Erholung der Konjunktur ist man mit einem Saldo aus den nach Mitarbeiterzahlen gewichteten Positiv- und Negativmeldungen meilenweit entfernt. So beträgt der Saldo beim der aktuellen Geschäftslage 52% (1. Quartal 59%), bei Auftragsbestand (-41%) und Auslandsaufträgen (-46%) gibt es leichte Verbesserungen gegenüber dem 1. Quartal.

Demgegenüber haben sich die zukunftsgerichteten Indikatoren verbessert, berichtet IVOÖ-Geschäftsführer Dr. Joachim Haindl-Grutsch und wertet dies als Anzeichen dafür, daß der rasante Fall gestoppt und eine Stabilisierung auf tiefem Niveau erreicht ist. Von einem Anspringen der Industriekonjunktur könne allerdings noch nicht die Rede sein.

Eine aktuelle Umfrage unter 140 Betrieben ergibt ein deutliches Schwarz-Weiß-Bild der Situation. Die eine Hälfte ist von der Krise stark betroffen, die andere Hälfte wenig bis gar nicht. Gleichzeitig gibt es dabei Betriebe, die den Tiefpunkt bereits erreicht oder sogar überwunden haben, während anderswo die Fallgeschwindigkeit noch zunimmt. Viele der internationalen Renommierbetriebe sind stark betroffen, wie etwa aus den Bereichen Kunststoff und Metall, Automotiv, Textil, Chemie, Papier und Maschinenbau.



*IVOÖ-Geschäftsführer  
Dipl.Ing. Dr. Joachim  
Haindl-Grutsch: Dre  
Tiefpunktist erreicht*

### Kein weiterer Personalabbau

Bei den Beschäftigtenständen sind keine weiteren Einbrüche mehr zu erwarten, sofern keine Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen eintritt. 62% der Befragten gaben an, keinen oder keinen weiteren Personalabbau zu planen, 16% haben ebendies vor und 22% gaben an, Anpassungen zu planen, wenn sich die Konjunktur nicht erholt. Größere Personalaufstockungen sind nicht vorgesehen, doch reicht vielen Betrieben beim Personalabbau der natürliche Abgang. Die Stabilisierung des Beschäftigtenstandes betrifft jedoch nur die Industrie und läßt keinerlei Rückschlüsse auf andere Sektoren zu.

Die Kurzarbeit ist für Haindl-Grutsch weiterhin ein wichtiges Instrument zur Erhaltung von Arbeitsplätzen, muß jedoch hinsichtlich Behaltfristen, Überstundenverbot und Leasingkräfteverbot dringend verbessert werden.

## Uni Linz soll ETH werden

Oberösterreich soll sichtbarer werden, wünscht sich die OÖ Industriellenvereinigung. Oberösterreich ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort, verfügt über zahlreiche international aktive Unternehmen und ist Standort ausländischer Konzerne.

So hat etwa Borealis in Linz 50 Millionen Euro in sein internationales Forschungs und Entwicklungszentrum investiert, und allein in den beiden letzten Jahren 120 Mitarbeiter aufgenommen. Am Standort Linz sind insgesamt 1200 Mitarbeiter aus 30 Nationen beschäftigt. Von den 170 auf einem längeren Auslandseinsatz befindlichen Mitarbeitern kommen nur 5 aus Linz. Dies ist symptomatisch für die Situation.

Dem steht jedoch ein drastischer Abgang hochqualifizierter Arbeitskräfte gegenüber, die der Wirtschaftsstandort Linz dringend brauchen würde. So beginnen 70% der Studenten ihr Studium anderswo, viele kommen nicht mehr zurück und gehen so dem heimischen Arbeitsmarkt verloren. Dabei bräuchte Oberösterreich und speziell Linz eine Zuwanderung von Spitzenkräften.

Was Bereitstellung von Betriebsflächen, Genehmigungsverfahren udgl betrifft, ist Oberösterreich vorbildlich, wenn es darum geht, ausländische Spitzenkräfte zu lukrieren, besteht Aufholbedarf. Trotz des akuten Arbeitskräftemangels wurden 2008 nur 150 Anträge für Personen als Schlüsselarbeitskräfte ausgestellt. Das zur Verfügung stehende Kontingent wurde damit nur zu 67% ausgeschöpft. Migranten sind überproportional in den höchsten und den niedrigsten Bildungsschichten vertreten. Der Anteil ausländischer Stu-



*Dr. Alfred Stern, Vizepräs.  
Innovation & Technologie  
der Borealis Polylefine  
GmbH*

denten liegt mit 9,9% weit unter dem Österreich-Schnitt von 21,1%.

Die Entscheidung von internationalen Spitzenkräften, sich in einem bestimmten Land niederzulassen, wird von zahlreichen Faktoren bestimmt. Dazu gehören Karrieremöglichkeiten ebenso wie Bildung, Sicherheit, gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen und auch attraktive Freizeitmöglichkeiten.

Erhoben wurde auch, wie Linz von ausländischen Fachkräften wahrgenommen wird. So werden etwa hohe Lebensqualität und Sicherheit sehr geschätzt, Ausländerfeindlichkeit und geringe Toleranz jedoch sehr negativ vermerkt. Auch das Fehlen von Schulen und Kindergärten, zu enge Laden- und Restaurantöffnungszeiten, mangelhafte Flugverbindungen sowie fehlende Informationen auf englisch und Unterstützung bei Behördenwegen werden negativ vermerkt.

Um Linz für ausländische Spitzenkräfte attraktiver zu machen, will IVOÖ-Geschäftsführer Dr. Joachim Haindl-Grutsch all diese Punkte verbessern und außerdem ein international sichtbarer Standortkonzept erstellen.

## Ölheizung sanieren deutlich billiger als Umstieg

Es herrscht offener Krieg zwischen den vom Steuerzahler zwangsweise hochgeförderten sogenannten alternativen Energieträgern wie Windkraft, Photovoltaik, Solar und Biomasse einerseits, und jenen Energieträgern, die sich selbst finanzieren und Gewinne und Steuern lukrieren: Das sind Wasserkraft, Öl und Erdgas, die medial und von Politikern bekämpft werden. Dazwischen steht die Wärmepumpe, deren Verbot einst die Grünen forderten.

Hier das Beispiel der Sanierung mittels einer modern Ölheizungsanlage im Vergleich zu einer Pelletsheizung, die durch Medien und Politik am massivsten beworben wird:

**In 15 Jahren spart die Öl-Brennwertanlage 16.590 Euro, das sind Jahr für Jahr 1.106 Euro**

### Heizöl EL

Jahresbrennstoffkosten	1.060,14
Investitionskosten	8.000,-
Betriebskosten	220,-
<u>Gesamtkosten über 15 Jahre</u>	<u>31.665,86</u>
Gesamtkosten pro Jahr	2.111,06

### Pellets

Jahresbrennstoffkosten	820,93
Investitionskosten	19.700,-
Betriebskosten	350,-
<u>Gesamtkosten in 15 Jahren</u>	<u>48.255,96</u>
Gesamtkosten pro Jahr	3.217,06

### Förderung für Ölheizung wurde privatwirtschaftlich finanziert

Binnen sechs Wochen wurden mit den ausschließlich privatwirtschaftlich finanzierten 12 Millionen Euro 4.000 effiziente Heizsysteme gefördert. Damit waren die Fördermittel für 2009 erschöpft. Die Aktion wird jedoch bis 2016 fortgesetzt und neue Anträge bleiben für das Jahr 2010 in Evidenz.

„Vorsichtig gerechnet haben wir damit für den Rest des Jahres rund 1.000 Arbeitsplätze in den betroffenen Industrie- und Gewerbebetrieben gesichert“, betont Martin Reichard, Geschäftsführer der „Heizen mit Öl GmbH“, welche die Förderungsaktion operativ abwickelt.

Mit dem Schließen dieser Förderungs-lücke der öffentlichen Hand tritt- zusätzlich zu den beabsichtigten Verbesserungen bei den Effizienz- und Umweltschutzziele durch bis zu 40 Prozent verminderten Energieverbrauch und Emissionen - damit ein wirtschaftlicher Nutzen ein, der gerade in Krisenzeiten nicht hoch genug eingeschätzt werden darf.

„Wer vor der Entscheidung steht, eine alte Ölheizung durch eine moderne Anlage auszutauschen oder den Brennstoff zu wechseln, wird sich schon allein aus Kostengründen für die moderne Ölheizungstechnologie entscheiden“, erklärt Martin Reichard, Geschäftsführer des Instituts für wirtschaftliche Ölheizung (IWO). Der Verbrauch wird um 40 Prozent gesenkt und Heizöl hat keinen Feinstaub und nur minimale Emissionen.

Der Vollkostenvergleich schließt alle Kosten ein, mit denen tatsächlich gerechnet werden muß. So mancher Heizungsbesitzer reagierte seinen Zorn über systembedingte, aber ihm verschwiegene Zusatzkosten in einem Leserbrief ab. Im Konkurrenzkampf werden immer zwei Argumente gegen die Ölheizung ins Treffen geführt: Die Höhenflüge des Ölpreises und das baldige Ende der Ölvorräte. Der Ölpreis hat tatsächlich politisch motivierte Höhenflüge hinter sich. Als das Barrel Rohöl die 140-Dollar-Grenze durchbrach, wußten kluge „Experten“, daß der

Preis auf 200 Dollar steigen und von dieser Höhe nie mehr zurückkehren wird. Der aktuelle Preis für 1 Barrel Öl liegt bei 46 Dollar. Im übrigen gab es auch bei Pellets sprunghafte Höhenflüge.

Nach den Prognosen des „Club of Rome“ sind die Erdöl- und Erdgas-Vorräte schon seit dem Jahr 2000 erschöpft. In Wahrheit steigen die gesicherten Lager schneller als der ebenfalls steigende Verbrauch und liegen für Erdöl derzeit bei 60, für Erdgas bei 80 Jahren. Ein Vorteil in Krisenzeiten: Die Förderländer sind weltweit verteilt. Außerdem kann man aus Kohle, Ölsand und Ölschiefer Heizöl, Benzin, Dieselöl und Gas gewinnen. Die Technologie war bereits vor 80 Jahren marktreif und lieferte Deutschland während des 2. Weltkrieges den Treibstoff für Flugzeuge, Schiffe, Panzer und LKW. Allein die bekannten Kohlevorräte reichen für mehrere hundert Jahre.

Die Behauptung, wir könnten in wenigen Jahrzehnten auf Öl und Gas verzichten, ist eine Illusion oder bewußte Lüge.

## Dubioser Umgang mit Gemeindefinanzen

### Versteckte Gemeindesteuern

Wer sich über die hohen Gebühren für Wasser und Kanal ärgert, weiß wahrscheinlich nicht, daß die Gemeinden diese Gebühren doppelt so hoch ansetzen können und auch müssen, als die tatsächlichen Kosten betrage. Müssen deswegen, weil diese Mehreinnahmen im Finanzausgleich bereits berücksichtigt werden. Nun will LR Stockinger eine jährliche Erhöhung nach der Inflationsrate - selbstverständlich der doppelt verrechneten Kosten. Merkwürdig nur, daß diese Anpassung für Familienunterstützung und Sozialleistung von SPÖ, ÖVP und Grüne abgelehnt wurde. In Wahrheit ist das eine Kostenverschiebung, von der die Bürger nichts merken sollen. Das erinnert an jene Gemeinden, die Heiz- und Personalkosten von Hallenbädern und Veranstaltungssälen Schulen und Altersheimen zugeordnet haben.

### Eigenartige Finanzierung der Glasfasernetze durch Gemeinden

Im März dieses Jahres hat das Land Oberösterreich die Glasfaservernetzung aller öö. Gemeinden gestartet. Laut Plan sollen bis Mitte 2010 alle öö. Gemeinden an das Glasfasernetz angeschlossen sein. Dabei ist der FPÖ eine sehr eigenartige Finanzierung durch die Gemeinden aufgefallen.

Während es Anbieter gibt, welche private Firmen den Anschluß um 2000 bis 3000 Euro errichten, zahlen Gemeinden, die einen ausgeglichenen oder positiven Haushalt haben, 12.000 Euro, jene mit negativen Haushalt in vier Jahresraten - jedoch 16.000 Euro - Wucherzinsen? Eine Anfrage des FPÖ-Klubobmannes Steinkellner an SPÖ-LR Ackerl wurde nur ausweichend beantwortet. Daraufhin hat der Landesrechnungshof mit der Prüfung dieser dubiosen Geldflüsse begonnen.

## Der Anschober Effekt

Das Wahlplakat der Grünen geht nicht näher auf den Anschober-Effekt ein - wir holen das nach

o Verhinderung des baureifen Ranna-Speicherkraftwerkes sowie weiterer großer Wasserkraftwerke, die sich allesamt selbst ohne Subventionen finanzieren würden.

o Statt in Forschung und Entwicklung noch nicht marktreifer Energieträger und Produkte zu investieren, fördert man deren vorzeitige Vermarktung.

o Durch diese planwirtschaftliche, gründomnierte Politik, die nicht nur auf die grüne Partei beschränkt ist, werden die Energiepreise durch Abgaben und Steuern drastisch verteuert.

o Die unter dem Titel „Volkswirtschaftliche Lenkungsmaßnahmen“ praktizierte Förderungspolitik untergräbt den freien Markt, fördert damit unwirtschaftliche Produkte und verhindert, daß sich der für jede Region jeweils wirtschaftlichste Energieträger durchsetzt.

o Ein Paradebeispiel dafür ist die Windkraft, die auch in windreicheren Gebieten wie Niederösterreich und dem Burgenland nur durch hohe Förderungen lebensfähig ist. In Oberösterreich ist der nutzbare Windanfall so gering, daß dieser Energieträger nichts als eine Steuergeldvernichtungsmaschine ist.

o Ein weiteres Beispiel ist die Photovoltaik, deren Einsatz so wie die Windkraft nur punktuell, wie etwa für Berghütten, sinnvoll ist. In Nordeutschland wird der angegebene Nennwert nur zu 8 Prozent, kleinräumig bis zu 11 Prozent erreicht. In Österreich liegt er vielleicht auch einige Prozent über diesen 8 Prozent, doch völlig ernüchternd sind die Angaben aus dem sonnigen Spanien.

Jeder für die riesigen Solaranlagen geschaffene Arbeitsplatz hat 2,2 Arbeitsplätze - das waren bisher 110.500 Arbeitsplätze der konventionellen Industrie - vernichtet.

o Einen Paukenschlag lieferte der grüne Energielandesrat noch vor der Wahl, indem er trotz hoher Trinkwassergüte das Linzer Brunnenschutzgebiet um das achtfache vergrößern will.

Für die betroffenen Betriebe bedeutet das zusätzlichen Genehmigungs- und Verwaltungsaufwand und vor allem auch neue finanzielle Belastungen. Können die Betriebe die anfallenden Kosten wegen der harten Wettbewerbsbedingungen nicht in ihren Preisen unterbringen, bleibt ihnen nur die Auslagerung betroffener Bereiche als Ausweg.

Die Industriellenvereinigung verlangte eine Untersuchung der Folgen dieser geplanten Gesetzesverschärfung. Die Entscheidung über dieses Gesetz fällt erst nach der kommenden Landtagswahl am 27.September.

Diese Kurzfassung beweist die Ziele der Grünen eindeutig: Auslandsabhängigkeit und Strompreise erhöhen, denn die Verhinderung großer Wasserkraftwerke und die Förderung unwirtschaftlicher Energieträger bewirkt beides.

### Stromherstellungskosten ca.Cent/KWh

Wasserkraft	3 Cent
Kleinwasserkraftwerk	7.5 Cent
Atomstrom	3 Cent
Braunkohle	4-- 8 Cent
Biogas	12 Cent
Windkraft	90 -130 Cent
Photovoltaik Österreich	34 Cent
Photovoltaik Süd-Deutschland	24 Cent
Photovoltaik Kalifornien	18 Cent
Photovoltaik Spanien	15 Cent
Von oö. Landesregierung zurückgewiesenes Angebot des KKW Temelins	2 Cent

## SPÖ-Chef Erich Haider auf Machiavellis Spuren

Dr.Erich Haider, Parteiobmann der SPÖ Oberösterreich, ist über die „grenzenlose Gier empört“, die dem Land hohe Verluste, vielleicht aber auch Gewinne bringen kann. Es geht um 14 Wasserkraftwerke der Energie AG, die mittels eines Cross Border-Geschäftes, so Haider, von Landeshauptmann Pühringer im Alleingang samt den Wasserrechten an eine US-Firma verkauft wurden.

Hier muß dem selektiven Gedächtnis Haiders nachgeholfen werden. Dieser Vertrag wurde vom Aufsichtsrat mit den Stimmen der ÖVP- und SPÖ-Aufsichtsräte gegen den einzigen FPÖ-Aufsichtsrat beschlossen. Erich Haider war bei dieser Sitzung nicht dabei und hat sich vertreten lassen. Also, so die Schlußfolgerung, trägt er dafür keine Verantwortung und will entschlossen Kraftwerke und „unser Wasser“ wieder zurückholen.

Haider will so den Wählern unterschlagen, daß die SPÖ-Aufsichtsräte diesem Vertrag nur mit seiner Weisung, zumindest aber Zustimmung mitbeschlossen haben.

Es ist unmöglich, daß die Aufsichtsräte den 1.500 Seiten umfassenden Vertrag in Englisch und nach US-amerikanischem Recht auch nur verstehen und schon gar nicht beurteilen konnten,sie verließen sich auf ihre Anwälte und das waren vor allem US-Anwälte, die dabei erkleckliche Summen verdienten.Cross

Border- Geschäfte waren bis zum Finanzkollaps für alle ein glänzendes Geschäft. Nun wird es - so die Hoffnung - etwas kleinere Erträge bringen, oder könnte im schlimmsten Fall zum Totalverlust führen.

Doch jetzt geht es nur um Wählerstimmen und da muß man Haider an seine Untergangsprognosen im Falle der Voest-Privatisierung erinnern. Das Gegenteil trat ein: Die Voest expandierte und schuf neue Arbeitsplätze. Doch genau auf dieser Schiene reitet Haider auch in die Landtagswahl. Sein Motto. „Wer Ängste schürt, braucht nichts beweisen!“

Auch die „grenzenlose Gier“ sollte Erich Haider lieber nicht mehr in den Mund nehmen. Schließlich hat die SPÖ OÖ ihr eigenes Vermögen zwecks „möglichst hoher Gewinne“ ebenfalls in eine Stiftung eingebracht. Und die eindeutig sozialistisch geführte ehemalige BAWAG spekulierte über 140 Stiftungen und Briefkastenfirmen - und verlor samt Gewerkschaftsvermögen alles. Die Lehre des italienischen Philosophen Niccolo Machiavelli (1469-1527), wonach Fürsten - heute Politiker - lügen dürfen, war schon immer eine Richtschnur der Politiker.

Erich Haider hat also keinen Grund, sich wegen seiner Zuordnung zu Machiavelli zu kränken, denn auch die halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge.

# Österreichs Energiepolitik

## Wende oder Kollaps?

Österreichs Ausbau unserer großen, noch ungenützten Wasserkraftreserven zur Erhöhung der Eigenversorgung wird seit Jahrzehnten von der Politik blockiert. „Es wird schon nichts passieren und wenn, sind nicht wir schuld“, scheint der Leitspruch unserer Politiker zu sein. Dr. Leo Windtner, Generaldirektor der Energie AG OÖ, nahm in einem Pressegespräch auch zu jenen offenen Fragen Stellung, die in der veröffentlichten Meinung tabu sind.

### Wasserkraft in der Warteschlange?

Ich hoffe nicht nur, daß das nächste Jahr eine Wende bringt, es ist für uns ein ganz klarer unternehmerischer Auftrag und Teil unserer Strategie, daß wir ab nächstem Jahr die Erschließung unserer noch ungenützten Wasserkraftressourcen in Angriff nehmen. Nur über die Wasserkraft können wir unsere Auslandsabhängigkeit entscheidend reduzieren und die vorgegebenen Klimaschutzziele erreichen.

Wir werden nächstes Jahr alle Ressourcen auf den Tisch legen, denn es haben zwar alle politischen Parteien Oberösterreichs ein klares Bekenntnis zur Wasserkraft abgelegt, doch dann kommt es zur Nagelprobe: Wie schaut es bei konkreten Projekten wirklich aus?

### Windkraft und Photovoltaik realistisch gesehen

Wir wissen, daß die Windkraft in Österreich weitgehend ausgeschöpft ist und in Oberösterreich mangels entsprechender Winddichte wenig Bedeutung hat.

Wir bauen derzeit das größte Photovoltaik-Kraftwerk in Österreich, wobei wir aber ganz realistisch festhalten müssen, daß wir damit keine großen Kapazitäten erschließen können. Mit der Leistung von 1 MW können wir 300 Haushalte bedienen.



*Energie AG-Generaldirektor Leo Windtner appelliert an die Politik, die Warnungen über die bedrohte Versorgungssicherheit ernst zu nehmen*

Ich bekenne mich zur Forcierung alternativer und erneuerbarer Energien, da geht es für uns um Forschung, Entwicklung und Innovation, da liegen wir immer vorn an der Spitze. Und so sehen wir auch das Investitionsvolumen für die Photovoltaikanlage. Doch neben der politischen Vision, die ihre Berechtigung hat, muß der Blick zur Realität zumindest gleichberechtigt sein.

### Kohle, die große Energiereserve

Zur Kohle hat man bei uns eine übertriebene Sensibilität, die nicht erklärbar ist. Kohle ist von allen fossilen Energieträgern am reichlichsten vorhanden, ist problemlos lagerbar und weist seit Jahren die

höchste Preisstabilität auf. Zweifellos ist hier das CO<sub>2</sub>-Thema ein sehr Einschneidendes, doch ist zu erwarten, daß die Technologie der CO<sub>2</sub>-Verpressung in den nächsten Jahren doch vorangetrieben wird. Es ist eine Frage der CO<sub>2</sub>-Emissionspreise und je nachdem, wie sich diese entwickeln, wird man diese Technologie mehr oder weniger forcieren. In unserem Kohlekraftwerk Timelkam II liegen die Emissionen weit unter der gesetzlichen Höchstgrenze.

Kohle ist eine Option, die aber von manchen politischen Kreisen nicht nachvollziehbar total vom Tisch geschoben wird.

### Österreichs Tabu-Thema Kernkraft

Im Hinblick auf Eigenversorgung und CO<sub>2</sub>-Emissionen gibt es derzeit eine Renaissance der Kernkraft, doch das ist eine Frage der nationalen Politik. Vor allem in Asien (China will jährlich 2 KKW fertigstellen), und Südamerika, aber auch in Europa plant oder baut bereits neue KKW: Italien, die Schweiz, Frankreich, England und Finnland. Das alles ist medial hinlänglich bekannt. In Österreich ist dieses Thema, so glaube ich, für alle Zeiten in der Sperrzone.

Sollte sich die Konjunktur in den nächsten 2 bis 3 Jahren wieder erholen und die Verbrauchskurve automatisch in die alte, progressive Anstiegskurve zurückkehren,

wird sich die Frage, ob rasch gebaut wird, gar nicht stellen. Der Rat an diese Länder, sie sollten, statt Kernkraftwerke zu bauen, die Verbesserung der Energieeffizienz beschleunigen, ist gut gemeint, ist aber nicht ausschließliche Alternative. Diese Länder sagen, wir brauchen zusätzliche Aufbringungsmöglichkeiten und wollen diese Kapazität ebenso wie das CO<sub>2</sub>-Problem über Kernkraft marktgerecht steuern. Das ist allein deren Entscheidung

### Österreichs Ringleitung mit offenem Ende?

Dieses wichtige Verbindungsstück für die Versorgungssicherheit erst nach 15 Jahren zu bauen, kann niemand nachvollziehen. Das Teilstück Braunau-Salzburg wird nun endlich begonnen, doch auch in Salzburg muß die Politik für den Lückenschluß Salzburg-Kaprun stehen, alles andere wäre unverantwortlich.

Wir werden diesen Lückenschluß brauchen, denn sonst wird von den dagegen opponierenden Gruppen die Versorgungssicherheit verantwortungslos einem enormen Risiko ausgesetzt.

### Leitung Riedau-Ranna

Wir wollten diese Leitung schon vor Jahren bauen, doch die Gemeinden waren dagegen. Jetzt will man sie, doch trotz aller nachweisbaren technischen Probleme verkabelt - das wird nicht gehen.

### **Niemand will glauben, daß es eng werden kann**

Auch wenn es niemand glauben will, vor zweieinhalb Jahren mußten wegen eines Schifftransportes in Norddeutschland wichtige Hochspannungsleitungen abgeschaltet werden. Ganz Europa zitterte, denn wir waren nahe an einem Kollaps, wie wir ihn uns bis dahin nicht vorstellen konnten.

Wenn also die Wirtschaft wieder auf normalen Touren läuft, wird sich auch in dieser Richtung die Normalität in Form einer latenten Unsicherheit wieder einstellen. Und das nur, weil wir es bisher nicht schaffen, die dazu erforderlichen Ringleitungen und die ebenso dazu gehörenden Kapazitäten zu bauen.

Und hier schließt sich der Kreis: So lange die Ringleitung nicht durchgehend fertiggestellt ist, kann auch die bereits fix geplante weitere Kaprun-Baustufe Limberg III nicht gebaut werden, weil die zusätzliche Kapazität nicht abtransportiert werden kann - so einfach ist das.

### **Erdgas-Abhängigkeit bleibt bestehen**

Wir haben mit dem Gas- und Dampfkraftwerk Timelkam unsere Energie-Eigenerzeugung, auf rund 70 Prozent er-

höht. Wir bleiben somit weiterhin vom Erdgas abhängig, auch wenn sich vielleicht bei Biogas noch etwas tun wird. Der Gestehungspreis für Biogas wird jedoch die Ressourcen, die erschlossen werden, regulieren. Manche glauben, wir könnten damit autark werden, doch wir dürfen uns den Blick auf die Realität nicht vorstellen lassen.

### **Unabhängigkeit von fossiler Energie ist vorläufig eine Illusion, keine Vision**

Wir können und müssen alle Wege forcieren, um die Eigenversorgung zu steigern. Das ist auch nötig, doch wir müssen bei der Definition Zukunft aufpassen und nicht denken, wir können in 15 Jahren den Hebel umlegen und sind autark. Die Entwicklung zu größerer Autarkie kann nur sukzessive vorangehen, hier kann es keine fixen Terminvorgaben geben.

### **Förderungen ja, aber richtig**

Man muß aufpassen, um mit Förderungen keine Wertungen zu schaffen, wie man das etwa bei Solar sieht. Der Fördertopf mit der Gießkanne ist das Schlechteste. Kaum aber gibt es eine Reduzierung einer Förderung, kommt schon der Aufschrei.

Es kann und darf nur Initial-

förderungen geben, mit der neue Technologien zur Marktreife hingeführt werden, doch keine Dauerförderung.

### **Energieversorgung ohne rosarote Brille**

Es wurde ja klammheimlich verschwiegen, daß wir zu einem satten Stromimporteur geworden sind. Derzeit haben wir einen Importüberhang von 10 Prozent. Das heißt, wir müssen 40 Prozent unseres Bedarfs dann importieren, wenn das Angebot knapp und der Strompreis hoch ist. Und wir können 30 Prozent unserer Eigenerzeugung dann exportieren, wenn das Angebot groß ist und die Preise niedrig sind. Auch Energiepreise hängen eben von Angebot und Nachfrage ab.

Wenn die Wirtschaft wieder startet, werden wir 2020 einen Überhang von 20 und 2030 einen von 50 Prozent haben. Wasserkraft ist unsere einzige Möglichkeit, den Überhang zu reduzieren. Alle sogenannten alternativen erneuerbaren Energieträger - und da ist das erhebliche Potential der Biomasse enthalten, sind vorderhand nur eine Ergänzung.

### **Appell an die Politik**

Eines ist klar, wir sind beständig einer Schere ausgesetzt: Da ist der Preisdruck von Po-

litik und Markt, den wir ständig abfedern müssen. Auf der anderen Seite sind die erforderlichen Investitionen, vor allem die Schritte in neue Technologien, die ja jenseits jeder Marktnähe liegen. Dieser Spagat wird auf Dauer schwer, er wird nicht durchzuhalten sein. Alles nur ökologisch aufzubringen und gleichzeitig den niedrigsten Preis bieten zu können, das geht sich nicht aus.

Die Politik muß sich mit den Themen beschäftigen und Entscheidungen treffen. Da macht mich die Vorgangsweise von Wirtschaftsminister Mitterlehner wieder etwas optimistischer, der das UVP-Gesetz endlich in Angriff genommen hat. Ich hoffe auch, daß der bisherige Papierflieger „Masterplan Wasserkraft“ endlich Umsetzungsgewicht erhält.

Derzeit gehen wir den Weg der kleinen Schritte. Die rund einhundert Kleinwasserkraftwerke, die wir in den letzten Jahren revitalisiert haben, sind ein wichtiger Beitrag. Doch alle zusammen haben etwa die Leistung des Kraftwerkes Lambach, allerdings zu einem höheren Investitionspreis und doppelt so hohen Produktionskosten.

Es ist unverzichtbar, daß wir jetzt wieder über große Schritte nachdenken und diese auch umsetzen.

## **Energiereserve Kohle**

Die derzeit bekannten Kohlevorräte würden bei forciertem Abbau weltweit und auch in Deutschland mehrere hundert Jahre reichen. Dies nur zur Korrektur des von den Grünen behaupteten baldigen Aus der Kohle

Aus Kohle, Ölschiefer und Ölsand kann man durch Kohlevergasung oder -hydrierung Treib- und Brennstoffe herstellen. Diese beiden Verfahren waren bereits vor dem

2. Weltkrieg marktreif und es gab in Deutschland synthetischen Treibstoff an den Tankstellen. Während des 2. Weltkrieges wurde synthetischer Treibstoff an 112 Standorten für Kfz, Panzer, Schiffe und Flugzeuge produziert.

1945 wurden alle Anlagen zerstört und die Forschungsunterlagen beschlagnahmt. Produktion und Forschung wurden den Deutschland offensichtlich zum Schutz der

US-Ölindustrie verboten. 1955 wurde Deutschland die Forschung wieder erlaubt und es wurden drei Versuchsanlagen gebaut. Schlagartig wurde der Forschung jedoch die Finanzierung wieder entzogen - warum wohl?

Die modernste Versuchsanlage wurde nach China verkauft, wo man dabei ist, diese in eine Großanlage umzusetzen. Eine Anlage ist seit Jahrzehnten in Südafrika konkur-

renzfähig in Betrieb. Das Verfahren war bereits eine Konkurrenz für Erdöl, als dieses in den 30er-Jahren noch sehr billig war. Europa könnte längst autark zu niedrigeren Preisen als Erdöl sein. Sind unsere Politiker in Wahrheit an einer Autarkie gar nicht interessiert, oder werden sie von den Ölstaaten, vor allem den USA, erpreßt?  
*Siehe einen ausführlichen Bericht in der Zeitbühne 1/ 2008*